

netz:regeln 2015: „Digital Everything – Wie digital ist unsere Zukunft?“

Tagungsbericht

Prognosen sind schwierig, besonders wenn sie die Zukunft betreffen – dieses vielen Menschen zugeschriebene Zitat beschreibt prägnant, das Thema des diesjährigen netz:regeln-Kongress. Die Heinrich-Böll-Stiftung wagte zusammen mit dem Bitkom e.V. einen Blick in die Zukunft des Jahres 2025 und stellte frühere Prognosen auf den Prüfstand.

Wie sieht unsere Zukunft aus, in der alles miteinander vernetzt ist? Was ist in zehn Jahren Realität und was wird sich als Irrweg herausgestellt haben? Popkulturell erregte zuletzt der „Back to the Future“-Day im Internet Aufmerksamkeit. Er bot Gelegenheit, Zukunftsprognosen zu überprüfen: In dem Film von 1989 reisten Dr. Brown und Marty McFly in die Zukunft, an den 21. Oktober 2015. Die Filmemacher zeigten eine Zukunft, die an manchen Punkten erstaunlich genau unsere Gegenwart abbildet: Videochat und -telefonie, Bezahlen mit dem Fingerabdruck und Drohnen sagten sie unter anderem voraus. Nur das Hoverboard wurde leider noch nicht erfunden. Was können wir also lernen, wenn wir uns vergangene Zukunftsprognosen anschauen?

Den Vergleich zwischen Visionen und Realität stellte in der Keynote **Christopher Coenen** vom Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse in Karlsruhe an. Er erinnerte daran, dass die Zukunftsvision der 1990er Jahre für die politische Teilhabe der Menschen eine große Umwälzung durch das Internet voraussagten. Vieles sei gedacht worden, bis sich meist zwischen der Utopie und der Dystopie die mittlere Position durchsetzte. Die ganz großen Zukunftsvisionen bzw. -befürchtungen seien nicht eingetreten. Dies lasse sich vor allem in der veränderten politischen Teilhabe analysieren, so Coenen. Das Internet könne politische Beteiligung stärken und die Demokratie fördern. Oder es könne öffentliche Meinung manipulieren. Beispiele für die eine wie die andere Seite fand er: Das Petitionstool des Bundestages, die arabischen Revolutionen oder Hetze im Internet sowie Internetüberwachung durch die Geheimdienste. Um die positiven Seiten zu stärken, sei fundierte politische Bildung nötig. Nur eine europäische, gebildete Öffentlichkeit könne die bürgerlichen Freiheiten im Internet schützen, um mehr Demokratie zu wagen.

Neue Formen der politischen Teilhabe für das Jahr 2025 diskutierten auf dem ersten Panel **Lars Klingbeil**, Netzpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, **Prof. Dr. Al-Ani** von der Humboldt Universität Berlin, **Martin Delius**, Fraktionsvorsitzender der Piratenpartei im Abgeordnetenhaus von Berlin, und **Daniel Reichert**, Vorstand von Liquid Democracy. Prof. Dr. Al-Ani bescheinigte den Parteien ein Problem, neue Organisationsformen einzubinden und zu akzeptieren. Diese seien selbstorganisiert und passten nicht zum hierarchischen Prinzip von Parteien. Lars Klingbeil lies das nicht gelten und verwies auf die Versuche der SPD, Menschen mit digitalen Ortsverbänden und digitalem Grundsatzprogramm einzubinden. Martin Delius hob hervor, dass solche Beteiligung nicht versanden dürfe, wenn Bürgerinnen und Bürger ernst genommen werden sollen. Nur wenn die Parteispitze die Beteiligung wolle, könne sie wirklich gelingen. Für Daniel Reichert darf bei neuen Beteiligungsformen der Datenschutz nicht zu kurz kommen. Offene Diskurse und Diskussionen könne es nur geben, wenn die Bürgerinnen und Bürger keine Angst vor globalen Playern oder staatlicher Überwachung haben müssten.

Über unsere Wirtschaft im Jahre 2025 und die wichtigsten Herausforderungen Im zweiten Panel diskutierten im zweiten Panel **Dr. Tom Kirschbaum**, Gründer und COO von ally, Volker Smid von Searchmetrics und **Dr. Thorsten Käseberg** vom Bundeswirtschaftsministerium. Volker Smid bemängelte, dass keine relevante IT mehr aus Europa komme. Zusammenarbeit in ganz Europa sei hier gefragt. Dr. Tom Kirschbaum erinnerte an das Schicksal von Nokia, das vor zehn Jahren noch Weltmarktführer gewesen sei – bis Apple kam. Da helfe nur, selbst Innovationen

voranzutreiben statt zu kopieren und neue Wertschöpfungsketten auch dann zu beschreiten, wenn sie das alte Kerngeschäft kannibalisieren. Ganz so drastisch sah es Dr. Thorsten Käseberg aus dem BMWi nicht. Die deutsche Wirtschaft sei recht gut aufgestellt und ein entsprechender Bewusstseinswandel, durch den IT-Fragen ganz oben auf die Agenda gesetzt werden, sei längst da.

Im Talk zwischen **Markus Albers** von rethink und **Johannes Kleske**, Third Wave, drehten sich die Zukunftsvisionen vor allem um unseren Arbeitsalltag. Für Markus Albers war klar, dass man in ein paar Jahren einen klassischen Feierabend nicht mehr kenne und dass Firmen ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor Selbstausbeutung schützen müssten. Dazu sei eine neue Arbeitskultur notwendig, die weniger eine Sache von Politik und Regulierung sei, sondern als gesellschaftliche Debatte geführt werden müsse. Wenn VW abends die Mailserver abschalte, um Mitarbeiter zu schützen, wechselten diese einfach auf ihre privaten Accounts – dagegen seien Gesetze machtlos. Ähnlich skeptisch sah auch Johannes Albers den Versuch, soziale Probleme mit rein technischen Mitteln zu lösen. Wie werde technologisch bedingte Arbeitslosigkeit aufgefangen, könnte das bedingungslose Grundeinkommen eine Möglichkeit sein? Einig waren sich die Diskussionsteilnehmer darin, dass der politische Diskurs in diesen Fragen nicht zu langsam sei, sondern eine langsame Debatte gut tue. Dadurch bleibe Zeit zu fragen, welchen technischen Fortschritt man überhaupt wolle.

Ein Feld, das sich der Beschleunigung kaum entziehen kann, ist der Journalismus. Live-Blogs sind Alltag und Echtzeitberichterstattung mit Videos hält Einzug in die Redaktionen. Was das für unsere Kommunikation im Jahre 2025 bedeutet, diskutierten **Lena-Sophie Müller** von der Initiative D21, **Markus Beckedahl** von Netzpolitik und **Prof. Dr. Bernhard Pörksen**, Professor für Medienwissenschaft an der Universität Tübingen. Das Internet ergänze den Journalismus durch Konnektivität zu einer fünften Gewalt, so Pörksen. Die Masse recherchiere selbst und biete oft ein Meinungskorrektiv zu klassischen Medien. Gleichzeitig könne man sich in der Filterblase verlieren. Um aus dieser Filterblase auszubrechen, betonte Lena-Sophie Müller, wie wichtig Medienkompetenz sei. Dazu gehöre auch, Quellen einordnen zu können, Technik sicher verwenden zu können und sich Informationen aus verschiedenen Quellen zu beschaffen. Markus Beckedahl sah in einigen Aspekten der Beschleunigung durchaus auch Vorteile – wenn etwa Roboter im Journalismus stupide oder wiederkehrende Aufgaben übernahmen, bliebe für andere mehr Zeit für Analysen und tiefere Berichterstattung.

Wearables und Fitnesstracker sind keine Vision mehr, sondern für viele Menschen Realität. Sie zeichnen Schrittzahl, Herzfrequenz und andere Körper- und Gesundheitsdaten auf, legen diese in die Cloud und haben auch das Potenzial, die Medizin zu verbessern. Aber wem gehören diese Daten? Das diskutierten **Malte Spitz**, von Bündnis 90/ Die Grünen, **Susanne Dehmel** vom Bitkom, **Dr. Peter Langkafel**, CEO bei Healthcubator und **Rena Tangens** von Digitalcourage.

Susanne Dehmel empfahl einen Paradigmenwechsel: Von der Gesundheitsforschung über Umweltschutz bis hin zur Verkehrsplanung brauche alles Daten – da müssen man sich von der Datensparsamkeit verabschieden und auf das Prinzip eines geregelten Datenreichtums setzen. Malte Spitz bezweifelte, dass mehr Daten immer auch bessere Ergebnisse lieferten und forderte weniger, aber verlässliche Daten statt blind alles zu sammeln. Peter Langkafel betonte die Chancen einer selbstbestimmten Datensammlung: In der Arzneimittelsicherheit und anderen Gesundheitsbereichen seien die Daten längst da, man müsse sie nur nutzen dürfen, um Medikamente sicherer zu machen. Dies könnte durch ein Regelungssystem entstehen, bei dem Daten abgestuft benutzt werden dürfen und den einzelnen Menschen Wahlmöglichkeiten bleiben müssten. Für Rena Tangens steckten hinter solchen Visionen der

Datennutzung häufig genug Konzerne, deren Pflicht die Profitmaximierung sei, auch wenn dies häufig genug als Gemeinwohlorientierung verkauft werde – deshalb müsse man diese Datennutzung besonders kritisch sehen.

Autor: Dennis Romberg

CC-BY-SA
